

# Merseburger Tageblatt

**Bezugspreis** in der Stadt für Abholer monatlich 5000 M., wöchentlich 1300, durch Boten bezogen 5200, bei Vorbezug 4500 M. (ohne Postgeld). Erscheint wöchentlich nachmittags. Geschäftsnummer 250 M., Sonnabends 300 M. Alle Briefe freibleibend. Postfachkonto: Verlags Nr. 16 654. Geschäftsstelle: Hülterstraße 4. Für unerbetene Zusendungen wird f. Gehnähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

(Kreisblatt)

Unparteiische

## Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Balg

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 138.

Freitag, den 15. Juni 1923.

163. Jahrgang.

### Ein geheimnisvoller Meinungsaustausch.

#### Die englische Note an Frankreich.

Paris, 14. Juni. Der genaue Wortlaut der englischen Note, die am 12. d. d. in Paris heute früh eingetroffen ist, wird ebenso wie die Antwort, die Poincaré zu geben gedenkt, geheim gehalten. Die weiteren Verhandlungen zwischen Paris und London gehen den diplomatischen Weg unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Nach dem „Temps“ wird Frankreich der englischen Regierung seinerseits die Frage stellen, wie zu welchem Grade sie nach Erhalt der gewünschten Auskünfte die Verantwortung an der Aufhebung teilen und wie viel sie von ihren Forderungen an Frankreich und Italien anseherhalten will. Von dieser Frage hängt die Bestimmung der gesamten Reparationssumme ab.

Ueber den Inhalt der englischen Note,

welche die Gestalt eines Fragebogens hat, verlautet: England will wissen, was Frankreich unter der Einstellung des passiven Widerstandes versteht, welche Gestalt die Aufhebung annehmen würde, wenn die Alliierten die von Deutschland angebotenen Garantien für die Reparationszahlungen befehligen könnten. Ferner ob die militärische und wirtschaftliche Belegung des Ruhrgebietes während des Deutschland zu gewährenden Moratoriums fortdauern soll und in welcher Form diese neue Belegung stattfinden würde; ferner wie und wann konnte die französisch-belgische Belegung unsicherbar werden, wenn Deutschland regelmäßig Zahlungen leistet. England will ferner wissen, ob und in welcher Weise die Ausfuhr aus dem westfälischen Industriegebiet normal werden könnte und die deutsche Kolonialverwaltung wieder in ihre vollen Rechte eingesetzt werden solle.

England stellt aber nicht nur Fragen über die Aufhebung, sondern auch über die Regelung des Reparationsproblems. Es fragt, ob Poincaré auf seinem der Vacher Jambartoffenere vorgelegten Plane beharre, welche Zahlungen Frankreich von Deutschland fordern wolle, welche Garantien (insbesondere bezüglich der Eisenbahn) Deutschland geben müßte. Von den interalliierten Schulden ist in der englischen Note nicht die Rede.

Auf diese sehr präzise Note wird

Frankreich vorerst nicht antworten,

sondern zunächst einmal mit Belgien Besprechungen einleiten, wahrscheinlich auch mit Italien, sogar mit den kleinen Alliierten Serbien, Rumänien, Japan usw. Aber schon jetzt scheint festzuhalten, wenn der „Temps“ es anzunehmen, auf unterrichtet ist, daß Frankreich sehr sehr weitgehende Forderungen aufstellen wird. Das halböffentliche Blatt gibt heute zu, daß der deutsche Widerstand im Ruhrgebiet die Durchführung des französisch-belgischen Programms erschweren, der „Temps“ behauptet, daß man mit dem militärischen Erfolge der Belegung zufrieden sein könne, aber von dem wirtschaftlichen Ergebnis kann er natürlich kein Aufheben machen, und deshalb stellt Frankreich die Forderung auf,

daß mit der Einstellung des passiven Widerstandes durch Deutschland Frankreich und Belgien in die Lage versetzt werden müßten, das zu vernichten, was der deutsche Widerstand verhindert. Die Alliierten, deren man sich bediente, müßten mit Hilfe der deutschen Bevölkerung ausgedient werden.

#### Die Vorgeschichte der englischen Anfragen in Paris.

London, 15. Juni. In eingewickelten Kreisen wird erzählt: Poincaré habe dem englischen Kabinett in einem sehr energiegeladen Tone mitteilen lassen, daß, wenn London sich den französischen Wünschen hinsichtlich des passiven Widerstandes nicht anschließen sollte, die Entente seitens Frankreichs als aufrichtig betrachtet würde. Die Folge einer solchen französischen Drohung sei gewesen, daß das englische Kabinett sich erneut mit der Lage befaßt habe und die Rückfragen nach Paris anarbeitete. Bei der Spannung zwischen Paris und London handle es sich darum, ob eine Verständigung über die wirtschaftlichen und noch mehr über die politischen Verhältnisse Frankreichs möglich ist. Die geistige Erklärung Baldwin im Unterhause, nach der die englische Regierung nicht die Absicht habe, die französische Ruhrbesetzung zu billigen, weicht dem Herrn der Schwierigkeiten aus, da Frankreich auf dem Standpunkt liegt, daß England die Einstellung des passiven Widerstandes von Deutschland verlangen könne, auch ohne damit eine Billigung der französischen Haltung im Ruhrgebiet auszusprechen.

Wie sich Belgien die Einstellung des passiven Widerstandes vorstellt.

Dem „Temps“ wird aus Brüssel über die englisch-französischen Verhandlungen gemeldet: Es heißt, daß die Frage, die am schwierigsten zu behandeln ist, die ist, was unter dem Schlagwort „Einstellung des passiven Widerstandes“ verstanden werden solle. Wenn unsere Informationen richtig sind, wären die aufzuhängenden belgischen Kreise geneigt, als ein ausreißendes Stimmzeichen dafür anzusehen: 1. Die Aufhebung der Verordnungen, der geheimen Dienstleistungen usw. die von Berlin erlassen worden sind (?); und die auf die Organisation des Widerstandes im Ruhrgebiet hinzielen; 2. Die sofortige Einstellung des Widerstandes in dem Sinne, daß jetzt keinerlei Sabotagehandlungen mehr erfolgen; 3. Die Wiederannahme der Naturalleistungen, die freiwillig zu erfolgen hätten. Falls diese Bedingungen tatsächlich erfüllt würden, aber nur dann, würden die belgischen Regierungskreise es nicht für unangebracht halten, den Charakter der Belegung zu ändern und auf die ursprüngliche Art der Belegung, wie sie in den ersten Tagen beschlossen war, d. h. auf die Entziehung des Gebietes, jedoch keine Belegung von Fabriken oder Werken, zurückzukommen.

### Volksdienst ist Volksoffer!

Darum geht weiter zum Deutschen Volksoffer!

#### Rücktritt des belgischen Kabinetts.

Paris, 14. Juni. Das belgische Kabinett ist wegen der Frage der Waffensierung der Universität Gent zurückgetreten. Das belgische Kabinett, das gestern unter dem Vorsitz von Theunis zusammentrat, hat einstimmig beschlossen, daß die Frage der Waffensierung eine Lösung finden müsse und daß die Kammer sich äußern könne. Eine solche Klärung unter Mitwirkung der Regierung zu finden. Einmütigkeit haben die Minister beschlossen, dem König ihre Gesamtdemission zu überreichen. Man nimmt an, daß jetzt in Belgien eine aus Frauen und Sozialisten gebildete Regierung aus der kommen wird, deren Tendenz eine ausgesprochen englandfreundliche sein würde.

#### Mordbegehn!

Wie die Straßburger Zeitungen aus Paris melden, lautet das neue Schicksal an die französische Armee dahin, daß in Zukunft bei jeder Vorbereitung eines Angriffs auf französische Soldaten oder auf die Bewachung unterliegenden Anlagen sofort von der Schußwaffe Gebrauch zu machen ist. Der bisher vorgesehene Anruf oder die Verwarnung fallen in Zukunft fort. Soldaten, die mit der sofortigen Anwendung der Schußwaffe zögern, unterliegen freierger Bestrafung durch die Kriegesgericht.

Truppenzusammenziehungen an der Einbruchsgrenze.

Dortmund, 15. Juni. Im südlichen Teil des Ruhrgebietes haben starke Truppenzusammenziehungen stattgefunden.

Nach einer Meldung aus Koblenz soll die Rheinlandkommission ein neues Zollrecht beschließen haben. Danach ist in Zukunft auch die Einfuhr aus dem unterlegten in das besetzte Gebiet der Einfuhrgenehmigung und dem Zoll unterworfen, der ansehender in der Höhe des deutschen Zolltarifs erhoben werden soll.

Seltens der französischen Besatzungsbehörde ist heute der Befehlungsstand über den Stadtfest Bonn verhängt worden. Sämtlicher Straßenverkehr ist von 1/2 Uhr abends bis 1/2 Uhr morgens verboten. Die Maßnahme ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß Bahnübergangspferdungen stattgefunden haben, die in der letzten Zeit verübt worden sind. Rückeres ist bis jetzt noch nicht bekannt.

### Maulwurfsarbeit.

Der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Hg. Berg, hat in seiner Berliner Rede zu den Vertrauensleuten seiner Partei vom 8. Juni mit ersten Worten auf die Maulwurfsarbeit hingewiesen, die von gewissen Kreisen in Deutschland in steigendem Maße gegen das Kabinett Cuno entfaltet wird. Man mag im Einzelnen zu dem heutigen Reichskabinett stehen wie man will, man mag dem Gegenstand gegenüber unentwunden für unzulänglich ansehen darüber wird man sich wohl in allen ernsthaften politischen Kreisen Deutschlands einig sein, daß wir im Augenblick keine künstlich herbeigeführte Regierungskrise gebrauchen können. Wer die Politik des Kabinetts Cuno zu kritisieren hat, der tue es offen, wie es die Deutschnationalen getan haben. Wer einen Kabinettswechsel für erforderlich hält, der spreche es offen aus. Die politische Atmosphäre muß aber auf das schärfste wachgehalten werden, wenn es, wie es in letzter Zeit geschieht, hinter den Kulissen durch Beträgen von Mund zu Mund und durch stille aber hienatistische Beeinflussung verübt wird, die Stellung des heutigen Reichskabinetts zu erschüttern.

Überall in Berlin und darüber hinaus kurbieren Gerüchte über Besprechungen im kleinen Kreise, in denen man sich ungünstig über den Reichsanzler, den Reichsaussen- und den Reichswirtschaftsminister äußert und ihnen Ersatz durch andere Herren fordert. In den letzten Tagen hat man sich wohl hinreichend hart gefügt, um diese Besprechungsarbeit auch in der Öffentlichkeit vor sich gehen zu lassen. Vor etwa 10 Tagen erschien in der sozialdemokratischen „Reichlichen Zeitung“ eine Berliner Zuschrift, die besagte Kritik am heutigen Reichskabinett über. Herr Cuno habe sich als unfähig erwiesen, die schwierige politische Lage zu meistern. Er möge aber immerhin die Suppe selbst auflösen, die er dem Deutschen Volk eingebracht habe. Dieser, soweit wir feststellen konnten, erste öffentliche Vorstoß war gefolgt insgeheim. Wurde es von der Bevölkerung des besetzten Gebietes abgelehnt, so konnte man darauf rechnen, daß es sich hier ja nur um eine Neuerung der „Stimme Berlin“ handele. Erfolge aber keine Verlesung, so konnte man in Berlin darauf rechnen, daß auch im besetzten Gebiet schon starke Kritik gegen das heutige Reichskabinett einsege.

Noch bedeutender aber erscheint ein Artikel des Dortmunder Zentrumsblattes „Trennung“ vom 8. Juni unter der Überschrift „Schwüle Atmosphäre“. Es wird über eine Fraktionierung der Reichsorganisation der Zentrumspartei der Partei eingeladen war. Mit deutschem Hinweis wird hervorgehoben, daß der frühere Reichsanzler Dr. Brüch an ihr teilgenommen habe und ebenso der heutige Finanzminister Dr. Herms, von dem zweimal unterrichtet wird, daß er „das Steuer herumgeworfen“ habe. Es wird dann weiter ausgeführt, es sei nicht abzusehen, was die nächsten Tage in der Politik bringen würden. Schon jetzt aber könne ruhig ausgesprochen werden, daß in immer weiteren Kreisen die Erkenntnis dringe, daß die frühere Reichliche Erfüllungspolitik doch ihre Berechtigung hatte, und daß manches vielleicht vermisst worden wäre, was jetzt über uns gekommen ist (!), wenn man allseitig mit größtem Vertrauen dem Reichlichen Regime entgegengetreten wäre. Für diejenigen, die trotzdem noch nicht verstanden haben, was beschäftigt ist, wird noch hinzugefügt, es solle nicht etwa einer neuen Stangehoffart Brüch das Wort gegeben werden.

Am das Bild abzurufen, ist noch eine dritte Meinung hinzugefügt: Bei der letzten Zentrumsversammlung im Reichsgebiet hat der Zentrumsredner es als selbstverständlich bezeichnet, daß die Sozialdemokratie ihren Frieden mit dem Kabinett Cuno made und in das Reichskabinett wieder einträte. In einer Zuschrift der Korrespondenz Heimann, deren Beziehungen zu leitenden Stellen der Deutschen Volkspartei bekannt sind, wird diese Meinung noch am selben Abend unterrichtet und darauf hingewiesen, in den „bestenfallsigen“ Besprechungen mit Reichsamtgelehrten wurde immer wieder die Frage auf, die als augenblickliche Maßnahme das Kabinett Cuno breit genug sei oder nicht.

Was bedeutet das alles? Für eine richtige Wertung darf nicht übersehen werden, daß das Kabinett Cuno bereits in seiner Geburtsstunde ein „Todeskind“ wider den heiligen Geist des heutigen deutschen Regimes begangen hat. Es ist ohne Mitwirkung der parlamentarischen Parteien zu Stande gekommen. Es hat dann auch weiter verfußt, sich möglichst von den Besten des parlamentarischen Stangeis zu emanzipieren. Als die Note vom 2. Mai nicht der erwarteten Erfolg hatte, ließ es auf einmal unter Führung der „Voll, Zg.“ überall in der Mitte und der Rinken, es geht nicht mehr so weiter, daß das Reichskabinett wichtige Schritte ohne intime Mitwirkung der politischen Parteien unternahme. Das Ziel ist also einmal, das Reichskabinett wieder unter die Dekatur des Parlamentes zu bringen. Die beschriebenen Anläufe zur Herbeiführung eines





# Das Meisterwerk des Salvini.

Kriminalroman von Otto Berndt.

Amerikanisches Copyright 1921  
by Carl Duescher, Berlin.  
Nachdruck verboten.

[14] Das Zimmer, in dem dieser vor sich ging, ist zurzeit, ebenso wie das angrenzende Wohnzimmer des Herrn Schumann, Klüwe von drei Monaten her in, fast selbstverständlich diefe Eupuren, die auf diesen himmelst, nicht mehr zu finden. Auch sind in Schumanns früherem Arbeitszimmer die Möbel umgestellt und der durch Blauside bedeckte Fußboden neu geölt. Ich habe aber mein Augenmerk aus auf den benachbarten Raum gerichtet und dabei etwas gefunden, was selbst Doktor Schüller entgangen ist und ungeschickhaft mit der Tat in Zusammenhang steht.

„Hier, diesen Revolver.“

„Schreiber wickelte einen Revolver, der staubig und schmutzig aussah, vorsichtig aus einem Papier.“

„Den haben Sie im Schjimmer gefunden?“

„Unter dem großen und sehr schweren Büffelt, das die ganze eine Seite des Raumes einnimmt.“

„Und wie schloßen Sie darauf, daß er mit der Mordtat zusammenhängt?“

„Die Möbel des Zimmers sind erst am Morgen des Montages gebracht worden. vorher kann er also dort nicht gelegen haben. Am Tage darauf, logisch bei der Entdeckung, wurde das Haus gerichtlich versiegelt, nachher kann also niemand ihn dort hin geworfen haben. Die Klüwe sind, wie Sie wissen, erst seit acht Tagen freigegeben. Von den Mitgliedern des Vereins weiß niemand von dem Revolver — ich habe gefragt und übrigens am stillschweigenden der Hund geben, und außerdem sieht man dem schmutzigen Zustand des Revolvers an, daß er mindestens einige Wochen unter dem Schrank gelegen hat. Zudem hat

meiner Ansicht nach an jenem Tage Schumann und irgend jemand unter Benutzung dieses Revolvers ein Kamajf stattgefunden.“

„Raus!“

„Wie Sie sehen, sind nur noch zwei Schuß in dem sechs-läufigen Revolver. Nachdem ich ihn gefunden, habe ich genau weiter geforscht. Die eine Kugel ist dicht neben dem Fenster in die Wand gegangen und steckt noch jetzt in der Gardinenstange. Eine zweite Kugel hat, wie dies manchmal, wenn aus selten, geschieht, mit einem kleinen, runden Loch die eine der oberen Fenstergehäusen durchgeschlagen, eine dritte ist neben dem Büffelt in der Scheuerleiste, also auf der anderen Seite des Zimmers, die vierte konnte ich bisher nicht finden.“

„Aber wie war das möglich, daß all dies einem so geübten Beobachter wie Doktor Schüller entging?“

„Sehr einfach. Zunächst war der Befund ein so klarer, der Mord durch den Dolch so erwiehen, daß Doktor Schüller durchaus keine Veranlassung hatte, nach einer anderen Waffe zu suchen. Dann lag der Revolver so versteckt hinter dem einen Fuß des Büffelts, zwischen diesem und der Scheuerleiste eingeklemmt, daß er in der Tat kaum zu finden war. Es war eigentlich ein reiner Zufall, daß ich im letzten Augenblick, ehe ich meine Beobachtung aufgeben wollte, darauf stieß, und dies geschah auch nur, weil dem jetzigen Etonomnes des Klüwe ein kleinerer Büffel hinter das Büffelt gefallen war, und man so meinen Hintern nachgab, daselbst abzurufen. Bei der Schwere des Möbelstücks immerhin eine ziemliche Arbeit.“

„Ich glaube, da sich der Mord augenscheinlich ausschließlich in dem Arbeitszimmer abspielte, hat Herr Doktor Schüller sich darauf beschränkt, in den anderen Räumen nachzusehen, ob Fenster und Türen geschlossen waren und sich eine Möglichkeit bot, trotz der vorgelegten Kugel das Haus zu verlassen. Weil nun aber das einzige, im ganzen Hause offen stehende Fenster sich ebenfalls im Arbeitszimmer befand, beachtete man die Nebenräume weniger.“

„Und Sie glauben?“

„Daß der Ermorbete und sein Opfer sich zunächst im Schjimmer befanden, dort vielleicht miteinander geüßten und getrunken haben und dann in Streit gerieten.“

„Aber es war doch nur für eine Person geüßt.“

„Ganz recht, aber ich erinnere mich, daß die Wirtin schaffterin sich schon damals darüber wunderte, daß Schumann so sehr viel Kamajf gegessen hatte, von dem er sonst nur so selten pflegte. Auf diesen Umstand legte natürlich niemand Wert, im Gegenteil, ich hielt ihn für einen unpassenden Scherz.“

„Und nach dem Essen?“

„Sind, wie ich vermute, die beiden in Streit geraten, der zum Gebrauch des Revolvers, den übrigens der frühere Chauffeur glaubt als Eigentum Schumanns erkennen zu können, führte.“

„Begen der Schüsse?“

„Ich habe nunmehr weiter geforscht. Der Fußboden zwischen Tisch und Büffelt zeigt verschiedene Stellen und Kratzer und war ebenfalls vor dem Einzug frisch geölt. Das kann sehr leicht von den Möbeltransporteuren geschehen sein, aber ich bilde mir ein, daß die beiden Männer hier gestampft haben — zudem ist von dem einen Eichenholz oben an der Decke ein Stück abgeschlagen, als sei dieser heftig zu Boden gestürzt. Auch dieser Stahl war neu, und die Stelle ist jetzt schon wieder gebrochen, also muß auch dies damals geschehen sein — Münte natürlich auch von den Möbelträgern herköhren.“

„Und wie denken Sie sich also den Hergang?“

„Herr Justizrat — was ich Ihnen schildere, ist nicht der Hergang, wie er war, sondern eine vielleicht phantasievolle Kombination. Ich denke mir das so: Zwei Männer, von denen der eine Schumann, der andere aber gewiß nicht Sabini war, sitzen zusammen im Schjimmer und besprechen über geschäftliche Dinge, aber aber warum soll nicht jemand irgendeinen Erfressungsversuch gegen den nicht ganz einmündig reich gewordenen Mann gemacht haben? Sie kommen ins Streiten — Schumann zieht den Revolver — er hat auf der Büffeltseite gefunden oder gesehen, während der andere am Tisch saß und aß.“ (Fortf. folgt.)

# Broterverlogung.

Der Interessentenverband der Bäckermeister von Stadt und Kreis Merseburg hat vor einigen Tagen in verschiedenen Zeitungen des Kreises eine Erklärung über die gegenwärtige Beschaffenheit des zur Broterstellung verwendeten Mehles veröffentlicht. Diese Veröffentlichung ist allgemein erwiderte Kenntnis in der Bevölkerung des Stadt- und Landkreises Merseburg anzunehmen.

Dem Verlogungsverband Merseburg ist in letzter Zeit von der Reichsgetreidebehörde Getreide zur Verlogung überwiesen, das teilweise der bisherigen Güte nicht entspricht. Am 2. Juni 1923 wurde eine aus 4 Herren bestehende Kommission des Interessentenverbandes der Bäckermeister von Stadt und Kreis Merseburg von dem Untersuchungsamt ausdrücklich gebeten, bei schlechter Beschaffenheit sofort Mitteilung an die Kreisförderstelle zu machen, damit zur Broterverlogung sofort höherwertiges Mehl dem betreffenden Bäckereibetrieb überwiegen werden könnte. Bis heute sind von zwei Bäckermeistern eine Beschwerde über schlechte Beschaffenheit des Roggenmehls und eine Beschwerde über schlechte Beschaffenheit des Weizenmehls der Kreisförderstelle vorgebracht. Im Stadt- und Landkreise Merseburg sind etwa 200 Bäckereibetriebe tätig.

Die vom Interessentenverband veröffentlichte Erklärung zeigt also erhebliche Übertreibung. Hierdurch wird wieder bewiesen, daß die für die Erwerbenden bestehende Pflicht das eigene Können zur Erhaltung des innerbetrieblichen Einkommens einzulegen, von dem Interessentenverband der Bäckermeister nicht anerkannt wird. Die in maßvoller Übertreibung erhobenen Anträge gegen die Behörden entstehen jeder lastlichen Berücksichtigung. Sie bilden aber eine vielneidige Ergründung zu der vom Interessentenverband der Bäckermeister mit großen Aufwand genutzten Forderung eines Mindestpreises ab 4. Juni 1923 von 2450 Mark für den Verlogungsverband Merseburg, obwohl der Durchschnittspreis von den Kommunalvermögen der gesamten mitteldeutschen Wirtschaftsgüter für 1900/9 Brotzweifen 1906 bis 2185. / festgesetzt worden war. Der Kreisaußschuß wird sich weiter mit aller Kraft für die Frage der Belange der ganzen Bevölkerung des Verlogungsverbandes bei der Broterverlogung einsetzen. Die Preisbestimmungen der Wirtschaftsgüter sind auch unberührt. Es ist Verlogung getroffen, daß der Verlogungsverbandsbevölkerung aus fernher ein brauchbares Brot geliefert werden kann.

Merseburg, den 15. Juni 1923.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.

G. S. T. E.

# Breite für markenfreies Gebäck!

1 Brötchen . . . . . 180 Mark  
1 Semmel . . . . . 360 Mark  
1 Brot (1900 Gr.) . . . . . 6600 Mark

Die Preise treten sofort in Kraft!

Bäcker-Zunftung Merseburg.

Wegen dringenden Arbeiten am Hochspannungsnetz wird der Strom am Sonntag, den 17. 6. 23, von 6 bis 9 Uhr vormittags ausgeschaltet.

Die Verwaltung der Städtischen Werke.

# Freie Schicksalsdeutung

Nachdem ich lange Jahre als Astrolog auf Reisen war und viele tausend Personen meinen Rat einholten, habe ich mich nunmehr entschlossen, für jeden vollständig umsonst eine Probedeutung für sein Leben auszusprechen. Meine Arbeit wird wie in Ersterem versetzt, kommen doch täglich Anerkennungs-schreiben, die dies bestätigen.

Schreiben Sie aber sofort. Ich brauche Ihren vollen Namen, sowie Tag, Monat, Jahr und Ort Ihrer Geburt. Angabe ob Frau. Fräulein oder Herr ist erwünscht. Geld verlangt ich nicht. Sie können aber, wenn Sie wollen, einen frank Umschlag mit Ihrer Adresse beilegen. Nennen Sie auch diese Zeitang.

Franz Moritz, Berlin N. 54

Handelsgerichtlich eingetragene Firma.

Möbl. Zimmer od. Schlafstelle

von jungen soliden Herrn für sofort gesucht! S. H. 25 an die Exped. d. Bl. Blattes

# Familien-Mitteilungen

Verst. Anneliese Mann mit Pastor Fritz Klejgar, Weihenstirnbad und Kunnersdorf.

Bermüht, Alfred Eisenhaimb und Frau Ele. geb. Haas, Weihenstirnbad, Grich Harmsch mit Frau Luise geb. Friedrich, Weiden.

Gestorben. Amalie Köhler, 75 J., Weihenstirnbad.

# Stadttheater Halle

Sonnabend, abds. 7.30 Uhr. Schwarzwaldmüdel.

Montag, nachm. 3 Uhr. Schwarzwaldmüdel.

Sonntag, abds. 7.30 Uhr. Madame Butterfly (Die kleine Frau Schmetterling).

Montag, abds. 7.30 Uhr. 2 x 2 = 5.

Conrad Brandt, Roonstr. 19.

Dieselbst Auskunft über Erieh. v. Privatunterricht in Gabelberger stenogr.

Fräulein, anständig, u. mittelmäßig, 25 J., m. die Bekanntheit, ein net. Herrn zu machen zwecks spät. Heirat. Str. Döber, zugleich, Ang. m. Bd. 1, 455/23 a. d. Exp. 6. 211

Die sparen Geld Fahrradgummi

lassen Sie sich gratis Preisliste senden.

Emil Leon, Hildesheim.

# Lehrgang zur Einführung in das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz

Mittwoch, den 20. Juni, abends 8 Uhr, im „Herzog Christian“ Leitung der Bildungsabende.

# Vermögensstand am 30. April 1923.

Kassenbestand	21250 M.
Guthaben bei der Gewerkschaftsbank	497264
a) in laufender Rechnung	701391
b) in gesetzl. Kündigungsfrist	239380
Forderungen an Mitglieder in laufender Rechnung	2000
Beteiligungen:	
a) Geschäftsguthaben bei der Gen.-Bank	2800
b) „ „ Centr.-Gen.	4000
Erlösgegenstände	1
Kriegsschulden: Neuwert 1360, Buchwert 96	
Abschreib.-Glo. 4 1/2 % vom Neuwert	85
Summe der Aktiva	961157 M.

# Passiva.

Geschäftsguthaben: a) vorübergehender Mitglieder	1640
b) ausschließlich Mitglieder	1240 M.
Reserve: a) gesetzlicher Reservefonds	819
b) Betriebserlöse	1638
Erlöse in laufender Rechnung	75837
Sparanlagen mit Kündigung, bis einschl. 3. Nov. 1904/83	951200
Verwaltungsrückstände	3500
Steuerrückstände 10% Kapital-Ertrags-Steuern	2696
Summe der Passiva	961157 M.

Mitgliederbewegung bis Ende des Geschäftsjahres 1921/22.

Zahl	Zahl Betrag	Betrag
der der	der	der
Mitglieder	teilw.	summen
habe	habe	habe
Stand am Anfang d. Geschäftsjahres	26	51 M. 1026 M. 10200
Zugang im Laufe d. „	1	1 „ 20 „ 200
Stand am Ende des „	27	52 „ 1046 „ 10400
Stand am 30. April 1923	27	52 „ 1049 „ 10400

Ländl. Spar- und Darlehenskasse Walleendorf und Umgebung eingetr. Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Liquidation.

Gleibitz. Schumann. Hiemisch.

# Gestrickte Damen-Jacken

in Wolle und Kunsidseide

Jumper — Blusenschoner

Berchtesgadener - Jackchen

empfehlen in reicher Auswahl und vielen modernen Farben preiswert

# H. Schnee Nachf.

A. & F. Ebermann

Halle a. S. Gr. Steinstr. 34.

# Am Sonnabend, den 16. Juni sieben Transporte

Ia. bayrischer Zugschsen

bei uns zum Verkauf.

Hauptgenossenschaft für Sieberwertung, e. G. m. b. H. (Landwirtschaftliche Organisation) Halle a. S. Deltigcher Str. 8. Fernruf 6885.

# Beth's Gesellschaftshaus.

Sonntag Abend 8 Uhr im Saale:

„Die Kose von Stambul“

Operette in 3 Akten von Leo Fall. Künstlerische Leitung: Artur Deschant.

Im Café: Die beliebte Hauskapelle Müller-Beuer (300. Konzert am Freitag, den 22. Juni).

# Gottesdienst-Anzeigen.

Sonntag, den 17. Juni 1923 (8. n. Trinit.)

Fest der Provincial-Missionenfestes.

Gesammelt wird eine Kollekte für die Äußere Mission. Es präbigen:

Dom. Vorm. 10 Uhr: Festgottesdienst für sämtliche Gemeinden. General-Superintendent D. Schüller-Waldenburg.

Nachm. 5 Uhr: Musikalische Missionssouffleier im Dom.

Montag, nachm. 3 Uhr: Hauptverhandlung im Schölergarten salon und nachm. 5.30 Uhr: Schlußfeier im Dom.

Dienstag, abds. 8 Uhr: Bibelstunde in der Herberge zur Heimat. Diakoniss Wuttte

Jungfrauen-Verein u. Vater-, Frauen-Vereine (Eisenstr. 1).

Sonntag, abds. 7.30 Uhr: Verlesung. Ehrlich, Verein junger Männer (Seiffertstr. 1).

Verlesung Sonntags und Dienstags, abds 8 Uhr.

Kaufverpflichtete Gemeindefest: Verlesungsort: Herberge zur Heimat.

Mittwoch, abds. 8 Uhr: Bibelstunde.

Polibibliothek: Geöffnet Sonntags von 11.30 bis 12.30 mittags.

Stadt, Vorm. 10 Uhr: Siehe Dom. 11. Uhr: Missionenfestgottesdienst für sämtliche Gemeinden. Missionar Zell.

Evang. Männer- und Jugendvereine. Sonntag, abds. 8 Uhr: Missionenfestgottesdienst in der Geisel 5.

Donnerstag, abds. 8 Uhr: Bibelstunde. Pastor Angermann, 9-10 Uhr: Spielabend.

Evang. Mädchenbund St. Marien. Dienstag, abds. 8 Uhr: Ghorgejagung an der Geisel 5. — Lehrer Buch.

Mittwoch, abds. 8 Uhr: Verlesung an der Geisel 5. — Pastor Klein.

Altenberg. Vorm. 10 Uhr: Missionenfest im Dom. Vorm. 11 1/2 Uhr: Missionen-Kinderfestgottesdienst in der Stadtkirche.

Neumarkt. Vorm. 10 Uhr: Missionenfestgottesdienst im Dom. Vorm. 11.15 Uhr: Gemeinamer Missionen-Kinderfestgottesdienst in der Stadtkirche.

Montag, abds 8 Uhr: Konfirmanden-Söhne im Pfarrsaal.

Donnerstag, abds 8 Uhr: Mädchenverein St. Thomee im Pfarrsaal.

Christliche Verlesung, Mandelstraße 1 Sonntag, abds 8 Uhr: Evangel.-Vortrag. Donnerstag, abds 8 Uhr: Bibelstunde. Evangelische Kirchengemeinde Höfen. Sonntag, den 17. Juni 1923 (8. n. Trinit.) Vorm. 10 Uhr. Pastor Jenisch. Katholische Gemeinde. Sonnabend, von 5 Uhr an: Beichtgelegenheit. Sonntag, den 17. Juni, 1923 Früh von 6 Uhr an: Beichtgelegenheit; 7 Uhr: Frühmesse mit Beicht; 9.30 Uhr: Podagmt mit Beicht; 2 Uhr: Andacht. Kammberg. 8 Uhr: Gottesdienst mit Beicht. Schwitz. 11 Uhr: Gottesdienst mit Beicht. Karna. 11 Uhr: Gottesdienst mit Beicht. Neu-Höfen 8 Uhr: Gottesdienst mit Beicht in der Kirche. 10.30 Uhr: Gottesdienst mit Beicht in der Schule.

# Beilage zu Nr. 138 des Merseburger Tageblattes

Freitag, den 15. Juni 1923

## Frachten und Warenpreise.

Als am 15. 2. 1923 die Frachten auf das Doppelte erhöht wurden, stiegen sie im Durchschnitt auf rund das 480fache der Friedenszeit, unter Einrechnung der Erhöhung der Nebeneinlagen (wie Wagenstandsgebühren usw.) sogar auf das 5500fache; sie hatten damit den Durchschnitt der inneren Marktwertung, die noch im März nach dem Großhandelsindex erst rund das 4900fache betrug, weit überholt. Mit der neuesten Tarifserhöhung tritt das in der Frachtensteigerung liegende Moment der Warenpreisbereinigung noch härter in Erscheinung. Das ist schon aus dem Grunde unvermeidlich, weil alle Waren auf dem Eisenbahnweg angewiesen sind. Verspätet wird dieses Moment noch dadurch, daß die Reichseisenbahnverwaltung als staatlicher Monopolbetrieb des in diesem Fall recht zweifelhaften Vorzuges sich erfreut, ihre Preise nicht nach dem Gesetze der freien Marktpreisbildung festlegen, sondern auf Grund behördlicher Verordnung festlegen zu können. Auf diese Weise gerät sehr leicht das Bestreben rationaler Wirtschaftsführung, das jedem staatlichen Monopol zugrunde liegen muß, in Widerspruch zu dem Wunsch, die notwendigen werden Maßnahmen nicht einzuführen durch Erparnisse in den Betriebsausgaben, sondern durch kurzer Hand von oben diktierte Tarifserhöhungen.

Von welchem Einfluß die Frachten auf die Preisbildung sind, zeigt, daß schon am 1. Mai die Preise für Getreide gestiegen waren auf rund das 5450fache der Vorkriegszeit, daß für Werkzeuge und Maschinen sogar das 7480fache gefordert wurde, daß die Braunkohle zu dieser Zeit um rund das 3600fache sich verteuert hatte, die Frachten dagegen um rund das 4300fache usw. Verder ist infolge der in der Nachkriegszeit vorgenommenen Veränderungen im Tarifsystem ein genauer Vergleich zwischen den Frachten und Preisen vor und nach dem Kriege sehr schwer durchzuführen. Deswegen wird es der Reichseisenbahnverwaltung auch leicht, Eindruck mit dem Hintertisch zu erzielen, daß die Preise für manche Produkte höher gestiegen seien als die Frachten für sie. Erinnerung sei z. B. an Kohle und Eisen. Die Reichseisenbahnverwaltung vertritt jedoch, daß in den Kohlepreisen auch die außerordentlich hohe Kohlensteuer (jetzt noch immer 30 Prozent!) und die sonstigen Abgaben wie Aufwendungen für Bergmannsleistungen, Umschlagsteuer, usw. enthalten sind. Außerdem ist hier sehr wesentlich, daß die Kohlefrachten für weitere Strecken verhältnismäßig sehr billig sind, während sie für nahe Strecken — diese sind z. B. für den Ruhrbezirk, in dem die größten Mengen transportiert werden, von der entscheidenden Bedeutung — relativ sehr hoch sind; betrügt doch z. B. nach dem Stande vom April 1923 die Kohlefracht von Gelsenkirchen nach Hamm das 4750fache, nach Mülheim aber nur das 3428fache der Vorkriegszeit! Unter Berücksichtigung dieser Um-

stände ergibt sich, daß die Eisenbahnfrachten Vergleiche mit den Kohlepreisen recht gut aushalten können. Mehrfach liegen die Verhältnisse bei den Eisenpreisen. Diese sind im hohen Maße dem Devisenstand unterworfen, da die Eisenherstellung fast ausschließlich von den in Devisen gehandelten ausländischen Erzen und dem Schrott abhängig ist; außerdem kommt in Betracht, daß zur Erzeugung einer Tonne Walzstahl rund 3 Tonnen der mit einer hohen Steuer belasteten Kohlen nötig sind. Außerdem ist Tatsache, daß für zahlreiche Eisenverarbeitungsprodukte die Frachten sehr viel härter gestiegen sind als die Preise, ein Umstand, der sich ab 1. Juni natürlich noch schärfer bemerkbar macht. Abschließend ist zu sagen, daß trotz aller Bemühungen es bisher nicht gelungen ist, die Reichseisenbahnverwaltung mit kaufmännischem Geiste zu erfüllen, ein Moment, das sich leider auch bei der Durchsetzung der Marktführungsaktion der Reichsregierung durch die Eisenbahnverwaltung außerordentlich unangenehm bemerkbar gemacht hat. Wir tätigen gut daran, die Betriebsanierung der Eisenbahnverwaltung, eine Forderung, die in dem bekanteten Angebot der Wirtschaft aufgestellt, von gewerkschaftlicher Seite aber leider stark bekämpft worden ist, selbst vorzunehmen, anstatt zu warten, bis die Exzente diese Forderung an uns richtet, wie es in Deutscher der Fall gewesen ist.

## Neujährer Reichstag.

Berlin, 14. Juni.

Am 2 Uhr 20 Minuten wird die Sitzung eröffnet. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes zur Befreiung der Gesellschaften.

Abg. Hoffmann-Bühning (Soz.) erklärt sich namens eines Teiles seiner Fraktion gegen das Gesetz, weil der Entwurf ein wichtiges staatsbürgerliches Recht, die Sturiersfreiheit, erschlagen wolle.

Ministerialrat Jadasohn: Es sei nicht zu leugnen, daß auch die Naturheilmittel großen Segen stiften könnten, sie dürfen aber nicht wahllos angewendet werden. Bei anstehenden Geschlechtskrankheiten hätten sich die Naturheilmittel nicht bewährt. Quecksilber und Salvarsan sind keine harmlosen Mittel, im Kampfe gegen die furchtbare Gefahr der Syphilis muß aber die Gefahr des Heilmittels in der Kauf genommen werden. Neben entkräftet im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen die Angriffe und Vorurteile gegen das Salvarsan.

Ministerialdirektor Dammann: Der Zweck des Gesetzes würde sich nicht erreichen lassen, wenn nicht Leute, die durch ihre Straftat eine Anstehungsgefahr bilden, zur Unterbindung und Behandlung gezwungen werden können. Wer eine Behandlung mit Salvarsan ablehnt, soll aber auch durch Gesetz nicht dazu gezwungen werden, nachdem nach Abg. Samert (Soz.), Abg. Brauns (Dem.) und Abg. Frau Frisch (Vpt.) gesprochen, schließt die Aussprache.

Angenommen wird ein Petitionsantrag, wonach die Regierung bestimmen soll, welche ärztlichen Eingriffe von der Zustimmung des Patienten abhängig zu machen sind.

In der Einzelberatung werden die ersten Paragrafen in der Ausführung angenommen. Zu Paragr. 4, der diejenigen mit Gefängnisstrafe bedroht, die den Beschäftigten, obwohl sie wissen oder wissen müssen, daß sie geschädigt sind, wird ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, wonach die Verfolgung nur auf Antrag des geschädigten Teiles oder der zuständigen Gesundheitsbehörde eintreten soll. Zu Paragr. 6, der bestimmt, daß die Behandlung von Geschlechtskrankheiten nur approbierten Ärzten gestattet ist, wird ebenfalls ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, demzufolge das ärztliche Behandlungsmonopol nur auf anstehende Geschlechtskrankheiten zu beschränken sei, aber bei anderen Weiden und Straftaten der Geschlechtsorgane abzulehnen ist.

Die Paragr. 7 bis 12 werden im wesentlichen in der Ausführung angenommen und die Weiterberatung um 2/8 Uhr auf morgen, Freitag, nachmittags 2 Uhr, vertagt.

## Der Landtag zur Abfindung der Hofjünglinge.

Berlin, 14. Juni.

Präsident Seiner eröffnet um 11 Uhr 15 Minuten die Sitzung. Zunächst wird das Votum des Reichstages gegen Minister Seering in namenhafter Abstimmung mit 226 gegen 64 Stimmen bei neun Enthaltungen abgelehnt.

Das Haus nimmt den Haushalt der Seehandlung nach den Ausschusshypothesen an.

Hierauf wird die allgemeine Besprechung zum Haushalt des Finanzministeriums fortgesetzt. Abg. Dr. Berndt-Stettin (Demokrat) bespricht die Haltung der höheren Beamten und fordert Gleichstellung der Oberpräsidenten mit den Staatssekretären. Ein Verbrechen am deutschen Volke wäre es, den hohen Beamten Millionen und Abermillionen nachzugeben. (Zehr richtig! Links.)

Finanzminister Dr. v. Ritter: Ein praktisches Ergebnis glaube ich mir von einer Erörterung über die Auseinanderlegung mit dem früheren Königshaus nicht versprechen zu können. Die Mehrheit des Hauses ist entsprechend dem Standpunkt der Demokraten und Sozialdemokraten der Auffassung, daß es sich hier um eine Rechtsfrage handelt. Ich persönlich habe ein Gefühl der Beschämung darüber, daß es in Preußen nach 4 1/2 Jahren noch nicht möglich war, zu dieser Auseinanderlegung zu kommen. Ich bin entschlossen, das staatliche Interesse zu wahren und auch das Recht, so daß der Staat nicht den Ruf als Rechtsstaat verliert. Die Hofjünglinge haben ein Recht auf den Bezug der Verfassung, denn sie haben nicht aufgehört, Deutsche zu sein.

Abg. Gerschbach (Deutschnational) fordert endlich den Abzug des Beamtenapparates. Im letzten Jahre seien nicht weniger als 13 942 neue Beamtenstellen geschaffen worden. (Sört! Hör! Hör!) Mit dem Abzug des Beamtenapparates dürfte aber kein Abzug des Beamtenrechtes kommen.

Abg. Dominicus (Demokrat): Wegen des Vorgehens der Reichsregierung, hohlerworbene Rechtsansprüche von Auslandsdeutschen vollständig zu konfiszieren, hat kein

Deutschnationaler im Reichstage Einspruch erhoben. Will man etwa behaupten, die Vorlage Breubens sei geringer als die des Deutschen Reiches, daß man so mit 200 000 Auslandsdeutschen umspringen muß? Doch heute ist es Pflicht des früheren Inhabers der Krone dem Staate in seiner Not zu helfen (Gelächter rechts), wenn die Berufung auf die Tradition einen Sinn haben soll.

Abg. Freyer (Deutschnational): Die Ausführungen der Herren Demokraten laufen doch auf nichts weiter hinaus, als daß das Hohenzollernvermögen in der Hauptfache konfisziert werde.

Abg. Schönlank (Kommunist): Wenn ich zu sagen hätte, bekümmere die Hohenzollern nicht nur keinen Pfennig, sondern verlieren auch noch ihren Schädel.

Das Ministergehalt wird bewilligt. In der Einzelbesprechung nimmt das Haus den Haushalt des Finanzministers an und vertagt um 4 Uhr nachmittags die Weiterberatung des Staatshaushalts auf Freitag, mittags 12 Uhr.

## Politische Rundschau

### Beamtentagung der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 13. Juni. Am 9. und 10. Juni tagte im Nebensitz im Spanbau unter dem Vorsitz des Landtagsabgeordneten Meyer-Herford und in Anwesenheit vieler Reichs- und Länderparlamentarier der Beamtentagsauschuss der Deutschen Volkspartei. Die zahlreich erschienenen Vertreter aller Wahlkreise brachten in den zu den einzelnen Referaten gehaltenen Entschlüsseungen immer wieder zum Ausdruck, daß die gegenwärtig beratenden und noch zu ermerkenden Beamtengesetze nur annehmbar seien, wenn die wohlverordneten Rechte der Beamten nicht so geschmälert und nicht gefährdet werden. Eine reichsgesetzliche Regelung der Fürsorge für die Beamten des Reiches und der Länder und der Gemeinden sowie für Ruhegehaltsempfänger und der Hinterbliebenen in Krankheits-, Todes- und Geburtsfällen, aufgebaut auf den jetzigen Vorstandsbeschlüssen, wurde als erstrebenswert angesehen. In einer weiteren Entschlüsseung wurde ausgeführt, daß, wie sich auch die wirtschaftliche Umstellung der Reichseisenbahn gestalten möge, an den jetzigen Verhältnissen der Reichseisenbahnbeamten nichts geändert werden dürfe. Ebenso wenig dürfe auch das Betriebsstättenrecht und die Tarifhoheit des Reiches über die Eisenbahnen eingeschränkt werden. Vertreter aus dem Eintrucks- und aus den besetzten Gebieten berichteten über die summe Schäden an Leben und Natur durch die Beamtenschaft, die im vergangenen Treffen steht. In Verursachungen wurden als Hauptforderungen erhoben unbedingte Sicherung des Mindesteinkommens der unteren Beamten und Wöhlung von der bisherigen staatlichen Vertapung mit der Arbeiterentlohnung, Vermittlung der Leistungsstrümpfen, gleichmäßiger perspektivischer Ausbau von Gruppe zu Gruppe bei den Grundgehältern, Beseitigung der Ortsklassenpannung, selbständige Anpassung der Gehälter an die Geldentwertung.

### Vor einem Konflikt in der sächsischen Regierungsmehrheit.

In parlamentarischen Kreisen wird damit gerechnet, daß es in der Dienstagtagung des Landtages zu schweren Auseinandersetzungen zwischen den beiden Regierungsparteien kommen wird. Die Kommunisten werden versuchen, folgende Forderungen, die ihr Landesvorstand an die sächsische Regierung gestellt hat, mit zur Verhandlung zu bringen. 1. Entlassung Reiners. 2. Regelung der Sicherheitsverhältnisse

in Leipzig durch das sächsische Innenministerium, 3. Zurückziehung der Polizei und Einziehung der proletarischen Bundeskräfte, 4. Entlassung und strenge Bestrafung der Polizeioffiziere, die den Schießbefehl gaben, 5. Aufhebung des kleinen Belagerungszustandes in Leipzig, der nur noch eine Verschärfung der Situation bedeutet, 6. Durchführung der kommunistischen Vorschläge zur Verringerung der Not der Ernteebselosen.

Man wird auch tun, dem sozialistischen-kommunistischen Brudertret und den scheinbar heftigen Angriffen auf die Regierung im Augenblick nicht allzuviel Bedeutung beizulegen. Wahrscheinlich wird es nichts mehr als ein reiner Theaterdonner sein, der aber auf die Regierung die beabsichtigte Wirkung nicht verfehlen wird.

### Der Landarbeiterstreik.

Berlin, 13. Juni. Der sächsische Landarbeiterstreik hat nunmehr auch auf Oberhessen und die Provinz Brandenburg übergegriffen. Im Kreise Grottau (Oberhessen) wird seit einigen Tagen bereits auf verschiedenen Gütern gestreikt. Am Kreise Falkenberg (Provinz Brandenburg) sind seit dem 11. Juni auf 15 Gütern die Landarbeiter in den Zustand getreten. Am Dienstag waren bereits 27 Güter in Mitteldeutschland gestreikt. Die Hofstandsarbeiten werden zum Teil allerdings erst nach Erfüllung der Forderungen erledigt.

### Die oberhessische Streikfabrikordnung und der Reichsarbeitsminister.

Berlin, 13. Juni. Die Abordnung der Streikleitung des wilden oberhessischen Streiks ist gestern vom Reichsarbeitsminister an die Gewerkschaften als zuständig für Anträge der Arbeitnehmer verwiesen worden, die mit den zuständigen Regierungsstellen in Oberhessen in Verbindung stehen. Der Minister hat der Deputation weiter angelegt, daß er sich allen berechtigten Wünschen annehmen werde, welche durch die Gewerkschaftsorganisationen an ihn geleitet würden.

### Das endgültige Wahlergebnis in Oldenburg.

Berlin, 12. Juni. Das endgültige Ergebnis der Oldenburger Wahlen ergibt folgende Zusammensetzung des neuen Landtages: Deutschnationale Volkspartei 3, Deutsche Volkspartei 12, Zentrum 11, Demokraten 9, Sozialdemokraten 11, Kommunisten 2.

### Ein Geschenk des Kaisers.

Stettin, 13. Juni. Bei seinem Besuche in Stettin hat Reichspräsident Dr. Eino dem hiesigen Staatspräsidenten 50 Millionen Mark übergeben zur Hilfe in Fällen besonderer Notlage infolge französischer Bedrückung, insbesondere durch Ausweitung.

### Uebertumpft.

Während der im Reichstage eingebrachte sozialdemokratische Antrag die von ihm erstrebte Entzerrungsgrenze bei 750 Hektar landwirtschaftlich oder 100 Hektar forstwirtschaftlich benutzten Bodens festgesetzt wissen will, melden sich nunmehr die Kommunisten zum Wort, um den berechtigten Agitationsbedarf zu übertrumpfen. Die „Rote Fahne“ (1922) fordert:

„... daß die Grenze für das zu enteignende Land bei mittlerer Bodenklasse auf mindestens 25 Hektar herab-

gesetzt wird, daß wenigstens das Moor- und Deiland ohne Entschädigung enteignet und vom Staate urbar gemacht wird, daß aus den enteigneten Forsten zu Siedlungszwecken verblüdete Abgabe von Bauholz erfolgt, daß durch Uebernahme der Bauindustrie in die Hände des Staates die Errichtung von Siedlungshäusern verbilligt wird, daß staatliche Kredite zur Beschaffung von Vieh, landwirtschaftlichen Maschinen, Geräten und Düngemitteln für die ländlichen Siedler und Kleinbauern zur Verfügung gestellt werden.“

Das ist die Entzerrung, die unausbleiblich war, sobald die mit der Siedlungsfrage gern verbundenen Agitationsabsichten in einem Antrag erst einmal über den Tisch gehoben worden. Würde die Entzerrungsgrenze auf 25 Hektar herabgesetzt, so würde damit neben dem größeren Besitz fast der gesamte mittelbäuerliche Besitz glatt enteignet. Eine lange Untersuchung, ob die kommunistischen Forderungen mit der Wirtschaftsvertragsfähigkeit vereinbar sind, erübrigt sich. Gleichwohl muß gesagt werden, daß die Sozialdemokraten nur mehr bei der von ihnen ursprünglich angegebenen Entzerrungsgrenze in der Agitation den Rang ablaufen würden. Jedenfalls lehnen beide Anträge, daß die Siedlungsfrage nicht lösen können werden, weil ihnen sonst das Eigentum selbst in einer Zeit, in der ihm aus außerpolitischen Gründen neue gewaltige Lasten juggedacht werden, in seiner Sicherheit innenpolitisch ernstlich bedroht wird. Es gilt dem für ins Auge zu schauen und mit der Abwehr nicht zu säumen.

### Die Polizeigewalt im Hafen der Stadt Danzig.

Danzig, 13. Juni. Der Kommissar des Völkerbundes hat in der zürichischen Danzig und Polen bestehenden Streitfrage betreffend die Polizeigewalt im Danziger Hafen zu Gunsten Danzigs entschieden. Damit wird, da Danzig für Ruhe und Ordnung im Gebiet der freien Stadt verantwortlich ist, auch der Schutz des Hafens ihr übertragen. Die Entscheidung des Völkerbundskommissars lautet in ihren Hauptpunkten: Der Hafenschutz wird sich wegen des politischen Personals, das er für die eigene polizeiliche Verwaltung des Hafens benötigt, an den Senat der freien Stadt Danzig wenden. Die Polizei wird von der freien Stadt angeheft, ausgebildet und ausgerüstet. Sämtlich der eigenen Verwaltung und Anstellung bleibt sie ein Teil der Polizei der freien Stadt Danzig und deren Anordnungen unterworfen. Da der Sanitäts- und Lazarettendienst besonderer Art ist, wird die Sanitäts- und Lazarettangehörigen von dieser Regierung ausgeschlossen. Bei der ganzen Entscheidung wird also jeglicher Einfluß Polens ausgeschlossen.

### Die Steigerung der britischen Handelsbilanz.

London, 14. Juni. Die Handelsbilanz für Mai zeigt nach den Berichten des Handelsamtes eine Steigerung gegen den April von fast 12 Millionen Pfund. Die Einfuhr wurde auf 89 500 000 Pfund, d. h. mehr als 3 Millionen Pfund gegen den Vormonat und 75 000 Pfund mehr als im gleichen Monat des Vorjahres beziffert. Die Ausfuhr betrug insgesamt 71 500 000 Pfund, d. h. ein Mehr von 1 500 000 Pfund gegen den April und 13 500 000 Pfund gegen den Mai des Vorjahres. Die Exportziffer ist die höchste erreicht seit Januar 1921. Für die fünf Monate dieses Jahres im Vergleich mit denen des Vorjahres hat sich die Einfuhr um 46 500 000 und die Ausfuhr um 20 Millionen Pfund vermehrt.